Nr. 12 — Jahrgang 1919 | Sonntag, 12. Januar 1919 | Preis 10 Pfg.

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Berlin SW 68, Wilhelmstr. 1148. Fernspr.: Amt Kurfürst 3334 u. 3335. Expedition: Berlin SW 68, Friedrichstraße 217 II. Fernspr.: Amt Moabit 5735. Nacht-Anschlußnummer: Mädchenstr. 144, Südgelände (am Anhalter Güterbahnhof).

Schriftleitung: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementspreis für Inland monatlich 1.50 M. Ausland monatlich 3.00 M. Anzeigenpreis: die 7gespaltene Kompareille-Zeile 75 Pf. Kleine Anzeigen: Uebersichtswort 80 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.

Und dennoch siegt die Revolution!

„Noch ist die Entscheidung nicht gefallen, aber sie kommt. Seid ruhig, Einwohner, und wartet mit Geduld. Binnen kurzem wird Berlin von diesen Bluthunden befreit sein! Haltet eure Kritik, die zu ungestümem Vorgehen fordert, zurück. Die Regierung hat ihre wohlerwogenen und ernsten Gründe für scheinbare Zurückhaltung. Habt die Zuversicht, daß das nicht Schwäche ist. Der entscheidende Schlag ist in Vorbereitung und er ist so vorbereitet, daß er rasch und vollständig gelingt.

Mehr als 200 Tote sind in den Straßen Berlins gefallen und das Blut von Hunderten von Verwundeten schreit die Empörung der Mörder gegen den Himmel. Unter den Toten und Verwundeten sind verhältnismäßig wenig Verluste der Regierungstruppen. Von den Spartakisten hat eine außerordentlich große Anzahl ihr verbrecherisches Wirken mit dem Leben bezahlen müssen."

So lautet das Triumphgeheul des Ebert-Scheidemann-Noske-Blatts, des „Vorwärts". „Die Regierung hat ihre wohlerwogenen und ernsten Gründen für ihre scheinbare Zurückhaltung. — — Der entscheidende Schlag ist in Vorbereitung." Das ist eine klare Sprache. Das ist ein klassisches Eingeständnis der finsteren Pläne, die von den Ebert-Scheidemann gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins geschmiedet werden. Sie übten nur eine „scheinbare Zurückhaltung", schleppten durch scheinbare Unterhandlungen die Entscheidung der Krise hin, heuchelten Bereitwilligkeit zur Verständigung, heuchelten Abneigung gegen Blutvergießen. Und gleichzeitig bereiteten sie im Stillen den „entscheidenden Schlag", d. h. die Niedermetzelung der Arbeiterschaft vor! Keine bürgerliche Regierung, keine Säbeldiktatur eines Wrangel würde tückischer und niederträchtiger handeln, als diese „sozialistische" Regierung. Sie suchen krampfhaft das stark erschütterte Vertrauen der Bourgeoisie wieder zu gewinnen, sich als geschäftsführender Ausschuß der kapitalistischen Geldsäcke zu rehabilitieren. „Starke Männer"! als das wollen sie sich in dieser Krise dem Bürgertum noch in größter Stunde empfehlen, und der Preis — fließen Ströme von Proletarierblut sein!

Und das Bürgertum ruft heute und schmacht Rache gegen „Spartakus". Der Geist des 4. August, die Pogrom-Stimmung schreitet heute wieder durch die Gassen Berlins. Nur richtet sie sich heute nicht gegen Franzosen, Russen und Engländer, sondern gegen revolutionäre Berliner Proletarier. „Spartakus"! In diesem Namen konzentriert sich alles, was die herrschenden Klassen, was das Kleinbürgertum zur zähnefletschenden Wut erregt: die Rebellion der Proletarier, der Aufstand der Sklaven gegen die Peitsche der Sklavenhalter, der Kampf um den Sozialismus, um die Ausrottung der Kapitalherrschaft, um die Niederwerfung der Klassenherrschaft.

Um das und nichts anderes handelt es sich in der Tat heute in den Straßen Berlins, bei den Kämpfen um den „Vorwärts", und die anderen bürgerlichen Redaktionsgebäude. Das wissen die Proletarier und sie kämpfen darum mit Heldenmut mit Todesverachtung, sie kämpfen wie die Löwen und opfern freudig ihr Leben für die heilige Sache.

Verhandeln? Unterhandeln? Mit dieser Regierung verhandeln, die mit schamlosem Zynismus vor aller Welt erklärt, sie übe nur „scheinbare Zurückhaltung", um desto besser zum blutigen Schlag gegen die Revolution auszuholen?

Einigkeit? Mit wem? Mit den Anhängern dieser Regierung? Hier ihr offenes Bekenntnis:

„Die Funktionäre, Arbeiterräte und Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins verlangen von der Regierung, daß sie auf keine Verhandlungen einwirkt, ehe nicht die völlige Freiheit hergestellt und der „Vorwärts" freigegeben ist. Wir erwarten von der Regierung, daß sie alle zur Verfügung stehenden Machtmittel einsetzt, falls der „Vorwärts" nicht bis heute, den 10. Januar 1919 abends, geräumt ist und daß sie sich in der Durchführung dieser Maßnahmen durch keine Verhandlungen stören läßt."

Diese Entschließung wurde mit 90 gegen 6 Stimmen angenommen."

Einigkeit mit Elementen, die in dieser unerhörten Weise zur Gewaltpolitik gegen die kämpfenden Proletarier hetzen?

Nimmermehr! Mit Ebert-Scheidemann und deren Helfershelfern gibt es für ehrliche Sozialisten und Revolutionäre so wenig eine Einigung, wie es mit dem Kapital, mit der Ausbeutung und Unterdrückung eine Einigung gibt.

Mögen sie heute triumphieren im Proletarierblut waten, mögen sie noch einmal den „Sieg" davon tragen, dieser Sieg wird ein Pyrrhussieg sein. Denn von nun an sind die Ebert-Scheidemann durch das Blut, das heute in den Straßen Berlins fließt, als Regierung der offenen Gegenrevolution gezeichnet.

Es ist der 9. November mit seinen Illusionen und seinen Halbheiten, der heute in Berlin bis zum letzten Rest erschlagen wird, es sind seine Illusionen, die in Grund und Boden zerschossen und zerfetzt werden. Am 9. November wurde die Herrschaft der Ebert-Scheidemann auf politischer Naivität der Massen errichtet. Seit heute steht sie auf blutigem Fundament der Gewalt, in offenem schroffen Gegensatz zu dem Willen der revolutionären Arbeitermassen, wie er noch nie so klar, so schroff zum Ausdruck gekommen ist.

Und wie wird der „Vorwärts" aussehen, wenn er aus dieser Krise wieder in die Hände der Scheidemänner zurückkehrt? Vom mörderisch und tückisch vergossenem Arbeiterblut besudelt, als Schandfleck bürgerlicher „Freimütiger" Mordbuben gezeichnet, wird er eine Standarte der Schmach, des Verrats an der Arbeitersache sein, ein Blatt der politischen Schande, das kein ehrlicher Proletarier von nun an in die Finger nehmen wird.

Mögen sie sich durch Meuchelmord und bestialische Rache an den revolutionären Arbeitern vor der Bourgeoisie für eine Weile noch als regierungsfähig legitimieren —, die Sache der Revolution und des Sozialismus geht dennoch als Sieger aus dieser Krise hervor! Denn die Arbeiterschaft geht aus ihr bereichert um ernste Erfahrungen, gereift und gestählt zum weiteren Kampfe.

Für jeden gefallenen Kampfgenossen werden morgen Hundert in die Bresche springen. Und während unsere Tapferen, Treuen mit Stolz und mit Freude ihr Alles für die Sache der Revolution hingeben, werden die Ebert-Scheidemann nur noch eine letzte kurze Galgenfrist ihrer auf Leichen errichteten Regierungsherrlichkeit von der Bourgeoisie Gnaden genießen, um dann doch ins Nichts hinabtauchen unter dem einmütigen Schrei der Arbeitermassen des ganzen Reiches:

Nieder mit Ebert-Scheidemann!

Die Kämpfe des 11. Januar.

1. Der „Vorwärts" wurde 1/11 Uhr vormittags von Regierungstruppen genommen. Der Angriff wurde vom halleschen Tor und von der Lindenstraße aus geführt. Die Regierungstruppen brachten zwei Geschütze in Aktion. Die Besatzung des „Vorwärts" verteidigte sich mit zäher Tapferkeit. Erst nach einem Gasangriff wagten schließlich die Gardeschützen den Sturm.

Ein Teil der Besatzung mußte sich nach hartnäckigster Gegenwehr ergeben.

2. Der zweite Angriff erfolgte auf das Haus Bülowstein. Das Gebäude wurde nach hartnäckiger Abwehr der Besatzung genommen.

Die bürgerliche Presse spricht von „standrechtlichen Erschießungen", die im Kampfe stattgefunden hätten. Wir wissen nicht, ob das stattgefunden hat, was die Bourgeoispresse „standrechtliche Erschießungen" nennt. Wenn ja, so handelt es sich um Niederschießung Gefangener, um rohe Mißachtung elementarer Kampfregeln.

3. Der Waffenstillstand bei Mosse wurde im Laufe des Tages aufgehoben.

4. Am Winterfeldtplatz entspann sich ein lebhaftes Gefecht um die Volkssspeisehalle. Die lange Halle, die sich an die Winterfeldtkirche anlehnt, wurde nach heftiger Beschießung mit Maschinengewehren genommen.

5. Zuverlässige Angaben über die Verlustziffern liegen noch nicht vor. Der „Vorwärts" berichtet — triumphierend! — über 200 Gefallene bei revolutionären Arbeitern und Soldaten.

Die Kampftruppen des revolutionären Berliner Proletariats haben sich mit äußerster Tapferkeit geschlagen.

Dies Resultat muß ihnen der Gegner selbst ausstellen. Sie sind geschlagen durch Verrat. Sie sind nicht besiegt. Der Kampf geht weiter.

Ungebrochen ist der Wille, dem Regiment der Verräter des Sozialismus ein Ende zu machen.

Die Verhaftungen.

Die Genossen Ernst Meyer und Lebebour wurden gestern nach 12 Uhr in ihren Wohnungen festgenommen. Einen Haftbefehl konnten die Offiziere und Soldaten, die die Festnahme bewerkstelligten, nicht vorweisen. Die beiden gaben an, auf Befehl des Stadtkommandanten Klawande zu handeln. Eine Nachfrage bei Klawande ergab, daß weder von ihm noch sein Befehl zur Verhaftung oder Festnahme ergangen ist. Auch sind die Gefangenen bis jetzt noch nicht an das Stadtkommando abgeliefert worden.

Die Ebert-Scheidemann-Noske-Regierung ist also im selben Augenblick, wo sie die Rolle der starken Männer spielt, Zaunball in den Händen derer, die sie für ihre Herrschaftsgelüste benutzen zu können glaubten: der Junker-Offiziere, der Studenten, der Bürgerwehr.

Weiter wurden Verhaftungen versucht im Büro des Spartakusbundes, Friedrichstraße 217.

Die Mitwirkung der Bürger.

Es ist festgestellt, daß bei Erstürmung des „Vorwärts" und des Hauses Bülowstein die Regierungstruppen fortwährend von den Bewohnern der umgrenzenden Häuser Zuschriften bekamen. Auch in anderen Fällen beteiligte sich männlicher und weiblicher Bürgersmann in Denunziation und Hetze gegen revolutionäre Arbeiter und Soldaten.

Die entfesselte Soldateska.

Der fromme „Reichsbote" berichtet begeistert:

„Standgericht für die gefangenen Spartacisten. Die Truppen haben in Berlin Erbeutung über die gefangenen Spartacisten das Standgericht verhängt. Auf dem Hof der Dragonerkaserne, wo bis jetzt über 400 Gefangene untergebracht sind, sind sieben Mann, die mit Waffen betroffen wurden, von den Ihrigen sofort erschossen. Die Regierung hat bereits eingegriffen und sich das Strafrecht über die Gefangenen vorbehalten. Die Soldaten machen jedoch kein Hehl daraus, daß sie in Zukunft jeden bewaffneten Zivilisten, der nicht einen Ausweis der Regierung besitzt, in gleicher Weise wie die Erschossenen behandeln werden."

Und weiter:

„Ein Spion der „Unabhängigen", der sich in der Nacht zum Sonnabend unter die Regierungstruppen gemischt hatte und dort Heimat, Geld und Schriften verteilte, konnte festgenommen werden. Nachdem man ihm drei Waffen, Revolver usw. und einen Dolch abgenommen und genügend bolschewistisches Material gefunden hatte, wurde der Kerl, weil er Frauen schlug und auf einem Kameraden vergriff, mit dem Kolben niedergeschlagen."

Gemeine Lynchmorde an wehrlosen Gefangenen als Rechtsmittel der Ebertschen Ordnungsbestien gepriesen und gesetzlich sanktioniert triumphiert.

Politische Uebersicht.

Eine Stimme des Protests.

Der Ministerpräsident Merges und die Volksbeauftragten der Republik Braunschweig telegraphierten der Reichsregierung unterm 10. Januar: Hiesige Regierung erhebt aufs neue schärfsten Protest gegen die geplante Niederringung der Revolution mit Hilfe der bewaffneten Bourgeoisie und Offiziere.

Die alte Idee.

Aus München hat Kurt Eisner ein Telegramm an die Regierung geschickt, das als Lösung der Krise verlangt — eine Regierung, die alle Richtungen des Sozialismus zusammensetzt: die bekannte alte Idee der Haase-Leute also. In dem Telegramm kommen auch folgende hübsche Sätze vor:

„Das Beispiel Berlins wirkt überallhin zerrüttend und erzeugt eine Massenepidemie des Wahnsinns . . . überall im Süden herrscht der Zorn des Volkes gegen Berlin, während zugleich dunkle Elemente auch hier zum Bürgerkrieg treiben."

Der Kampf, den das revolutionäre Proletariat Berlins in diesen Tagen führt, mit der praktischen Erfüllung von der Illusion des 9. November, der Illusion der sozialistischen Einigkeit, die 8 Wochen Herrschaft der Scheidemann-Ebert-Regierung als reine Täuschung der proletarischen Massen enthüllt haben.

Die praktische Beseitigung aus dieser unerträglich gewordenen Lage, die Zuspitzung der Revolution ist für die Eisner und seinesgleichen „eine Massenepidemie des Wahnsinns".

Worin besteht ihre Sünde?

Darin, daß sie acht Wochen revolutionäre Geschichte machen und am 10. Januar wieder den Stand des 9. November wiederherstellen wollen, der nicht nicht wiederherzustellen ist.

Ist das nicht Wahnsinn, so hat es doch Methode: Die Methode der freien Idee, die die Wirklichkeit ignoriert.

Aber der „Brudermord"!

Wenn die revolutionären Proletarier sich weigern wollten, gegen die Kapitalherrschaft zu kämpfen, solange sie noch proletarische Werkzeuge finden, so würden sie nie anfangen können zu kämpfen.

Wer für die Bourgeoisie kämpft, ist kein revolutionärer Proletarier, sondern sein Feind, und wer diesen Feind [illegible] ist kein Bruder, wenn er auch mit [illegible] Waffe auf uns anderen Seite.

Eine Bartholomäusnacht im Baltikum.

Unter diesem Stichwort schreibt Herr August Winnig diese Notiz:

„Finnland und den übrigen von den Bolschewiki besetzten Teilen Polands und Litauens herrschen äußerst schlimme Zustände. Nach dem Einrücken der Bolschewiki haben die russischen Bolschewiki und bolschewistischen Truppen unter der einheimischen Bevölkerung, insbesondere unter den Deutsch-Balten, und unter den dort gebliebenen deutschen Reichsangehörigen eine Bartholomäusnacht veranstaltet. Verhaftet sind auch die Herren der deutschen Gesandtschaft, die im Vertrauen auf die Exterritorialität zurückgeblieben sind. Ihre amtlichen Gelder in Höhe von einer halben Million sind beschlagnahmt."

Herr August Winnig, jener Freund deutscher Gewerk-

Geschäftsführer, hat unter dem Proletariat des Baltikums nicht Bartholomäusnächte, sondern Bartholomäuswochen veranstaltet. Und wirklich: mit Hunger und mit Erschießen. Jetzt flennt er über die Bartholomäusnacht gegen seine Geschäftsherren, die baltischen Barone, die darin bestehen sollen, daß diese — verhaftet worden sind. Und weiter sind — o Schmerz — verhaftet worden drei Spießgesellen des Winnig, die in Rußland nichts zu suchen hatten, die bei der russischen Regierung nicht beglaubigt waren und darum auch keine Exterritorialität genossen. Und eine halbe Million „amtlicher Gelder" sind beschlagnahmt worden!

So jammert der Vertreter einer Regierung, die tagtäglich den Krieg gegen Rußland vorbereitet! Herr Winnig ist jetzt reif für höhere Aemter. Er hat sein Examen in Heuchelei bestanden.

Parteinachrichten.

Dresden.

Aus Dresden wird uns unterm 6. Januar geschrieben:

In einer von der Sozialistischen Gruppe der Geistesarbeiter in Dresden gestern vormittag zum Künstlerhaus einberufenen öffentlichen Versammlung referierte Otto Rühle über das Thema: „Was ist Sozialismus?" Er entwickelte in großzügigen und durchsichtigen Ausführungen die Aufgaben und Ziele des wahren Sozialismus, d. h. des Kommunismus, von der Theorie des reinen Marxismus über die kapitalistische Gesellschaftsordnung und deren notwendige, durch den vierjährigen Krieg beschleunigte Selbstvernichtung, über die Diktatur des Proletariats als zur Aufhebung der Klassengegensätze und des Absterbens des Staates. In der anschließenden Diskussion wurde auch die Frage der Weltrevolution übergehend behandelt und gründlich Aufklärung über das wahre Wesen der beschimpften und verleumdeten Rätesystems gegeben. Der überfüllte Saal zollte nach Rühles Schlußwort rauschen Beifall. Mit großer Mehrheit nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Die in Dresden am 5. Januar 1919 im Künstlerhaus stattfindende öffentliche Versammlung erklärt, auf dem Grundsatz des wahren Sozialismus zu stehen. Sie fordert den sofortigen Beginn der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und tritt ein für die Diktatur des Proletariats. Sie spricht der Regierung infolge ihrer opportunistischen Haltung ihr schärfstes Mißtrauen aus und begrüßt die Haltung und Ziele der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Konstituierung der U. S. P. in Breslau.

In der örtlichen Generalversammlung der Breslauer Ortsgruppe der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, in welcher die Neuwahlen des Vorstandes und die Nominierung der Kandidaten zur deutschen und preußischen Nationalversammlung vorgenommen wurden, kam es bei dem Punkt „Organisationsfragen" zu einer Trennung seitens der dem Programm der kommunistischen Arbeiterpartei (Spartakusbund) zuneigenden, welche bisher in der U. S. P. organisiert waren. Die Spartakisten verließen die Versammlung und haben eine eigene Ortsgruppe eingerichtet.

Aus Brandenburg:

Auf unserer Generalversammlung der U. S. P. gab ich den Bericht von der Reichskonferenz. Nach dem Bericht wurde über den Uebertritt zum Spartakusbund verhandelt. Nach anregender Debatte war ein Teil der Versammelten dafür, daß mit dem Uebertritt noch einige Zeit gewartet würde. Mit den Zielen waren alle Versammelten einverstanden. Nachdem wir die Genossen überzeugt hatten, daß es zweckmäßig wäre, gleich überzutreten, d. h. geschlossen, erzielte die Abstimmung eine Zweidrittel-Mehrheit für sofortigen Anschluß. Die Versammlung war gut besucht. Die Aussprache sehr rege.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Lohnbewegung im Haupttelegraphenamt.

Die „Tägliche Rundschau" berichtet vom Freitag:

„Heute abend 8 Uhr fand in den Räumen des Hauptteleographenamts eine Versammlung des gesamten Betriebspersonals statt. Unter stürmischer Zustimmung wurde ein Dreierausschuß gewählt, der beim Reichspostamt die Forderungen des gesamten Personals vertreten soll. Die Forderungen gehen auf sofortige Auszahlung des Gehalts bestehender Art wegen der unsicheren Verhältnisse und auf eine Erhöhung der Bezüge, wie sie für die Eisenbahnangestellten schon geplant ist. Im Falle der Ablehnung der Forderungen innerhalb fünf Tagen wurde die Niederlegung der Arbeit beschlossen."

Nachdem die Ebert-Regierung Anfang der Woche die Bremsen-schaft aller Dienstzweige zu einem Sympathiestreik animiert hat, ist es sehr begreiflich, daß die Beamten Ende der Woche an ihre eigenen Interessen denken.

Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer.

Das Demobilmachungsamt hat eine Bekanntmachung erlassen, in der es heißt:

„Der Unternehmer eines gewerblichen Betriebs, in dem in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden, ist, vorbehaltlich des § 5 dieser Verordnung, verpflichtet, diejenigen Kriegsteilnehmer einzustellen, welche bei Ausbruch des Krieges in seinem Betrieb als gewerbliche Arbeiter in ungekündigter Stellung beschäftigt waren und sich binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung oder, sofern sie bei dem Inkrafttreten noch nicht aus dem Heere oder der Marine entlassen waren, binnen zwei Wochen nach ihrer ordnungs- oder befehlsmäßigen Entlassung zur Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bei ihm melden. Die gleiche Pflicht hat der Betriebsunternehmer gegenüber den Kriegsteilnehmern, die zur Zeit des Kriegsausbruchs ihre Dienstpflicht bei dem Heere oder der Marine genügten und dieserhalb aus dem Betriebe des Unternehmers ausgeschieden waren. Endlich erstreckt sich die Einstellungspflicht des Unternehmers auf die Kriegsteilnehmer, die bei Ausbruch des Krieges noch schulpflichtig waren, erst später in den Betrieb des Unternehmers und von dieser ihrer ersten Arbeitsstätte unmittelbar in den Dienst des Heeres oder der Marine eingetreten sind.

Solche Kriegsteilnehmer sind tunlichst in diesen Arbeitsplätze einzustellen, die sie vor dem Kriege innegehabt haben."

Dafür soll der Unternehmer befugt sein, andere Arbeiter zu entlassen.

So sehr den Kriegsteilnehmern die Wiedereinstellung zu gönnen ist, so wird doch durch eine solche Verordnung, durch die Proletarier arbeitslos gemacht werden, um andere Arbeitslose unterzubringen, im ganzen an der Lage der Arbeiterschaft nichts geändert.

Für die Angestellten, die dem Versicherungsgesetz für Angestellte unterstehen, wird eine ähnliche Verordnung erlassen.

Streikerhitzungs-Brotzulagekarten.

Die sozialdemokratische Regierung wendete alle Mittel an, das arbeitende Volk nieder- und sich in der Macht zu erhalten. Was mit der Peitsche nicht zu erreichen war, suchte man mit dem Zuckerbrot zu erzielen. Die Peitsche, um die Munitionsherstellung zu sichern, war das Hilfsdienstgesetz; das Zuckerbrot war die Extrabeilieferung der Munitionsarbeiter mit Lebensmitteln. Auf die Dauer hat keines der beiden Mittel gehalten. Denn an der revolutionären Aufgabe November haben neben den Soldaten gerade die Munitionsarbeiter den stärksten Anteil gehabt, namentlich in Berlin.

Die neue Regierung will sich mit demselben Mittel der Korruptionszulagen das politische Wohlverhalten gewisser Arbeitergruppen sichern. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat nämlich bekanntgemacht:

„Die Voraussetzungen für die Sonderbeilieferung der in der Rüstungsindustrie tätigen Arbeiter sind jetzt nicht mehr vorhanden und seitens der Arbeiterschaft kommt mehr und mehr der Wunsch auf Aufhebung der Lebensmittelzulagen, welche einzelne Arbeiterklassen stark bevorzugen, zum Ausdruck. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat diesem Wunsche dadurch Rechnung getragen, daß er die Aufhebung dieser Zulagen im allgemeinen verfügt hat. Eine Aufhebung für alle Arbeitergruppen ist jedoch aus folgenden Gründen nicht möglich gewesen:

Um das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist es unerläßlich, mit allen Mitteln auf die Kohlenförderung hinzuwirken. Die harten Waffenstillstandsbedingungen unserer Gegner zwingen ferner dazu, eine große Anzahl von Lokomotiven und Eisenbahnwagen innerhalb einer gewissen Frist abzuliefern. Es ist außerdem erforderlich, den Eisenbahnverkehr möglichst schnell und im großen Umfange dem deutschen Wirtschaftsleben zur Verfügung zu stellen. Um dies zu erreichen, wurde verfügt, daß den Bergarbeitern und dem Teile des Eisenbahnpersonals, welche bisher Zulagen erhalten haben, diese auch weiterhin gewährt werden sollen. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Arbeiterschaft diese Belieferung nicht als Ungleichheit empfinden, sondern sie unter dem Gesichtspunkte bewerten wird, daß die Not des Vaterlandes ihn zu dieser Verfügung veranlaßt hat. Er gibt sich der Erwartung hin, daß die Zulagen der übrigen Arbeiterschaft in diesem Sinne aufklärend wirken. Selbstverständliche Voraussetzung ist, daß die Zulagen nur solchen Arbeitern gegeben werden, welche auch tatsächlich arbeiten."

Diese Brotzusatzkarten werden geradezu auf Kosten der Arbeiter anderer Berufe, die vielfach nicht minder schwer arbeiten als die Eisenbahner.

Aus Groß-Berlin.

Feudale Werber.

Die Berliner konservativen Blätter „Tägliche Rundschau" und „Deutsche Tageszeitung" bringen seit einigen Tagen Werbeinserate für die weiße Garde. Sie lauten:

„Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die helfen wollen, die Ruhe und Sicherheit in Berlin und Umgegend wiederherzustellen, werden täglich beim

Kürassier-Regiment Nr. 4

angenommen. Bedingungen: Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade und 5 Mark auf den Tag, freie Bekleidung, Unterbringung und Verpflegung. Kurze Kündigungsfrist. Entlassungsgeld."

Ingenieure, Techniker! Waffenmeister, Büchsenmacher! Stellt Euch dem Volke zur Verfügung! Ihr werdet dringend gebraucht! Es droht die Gefahr, daß durch die verbrecherischen Tuten der Spartakisten öffentliche Betriebe und Maschinen lahmgelegt und gestört werden. Schon sind kostbare Werte zerstört worden! Ihr sollt sie so schnell wie möglich wieder aufbauen helfen! Wartet nicht! Kommt sofort zur Freiwilligen-Zentrale der

Garde-KavallerieSchützen-Division.

Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die helfen wollen, die Ruhe und Sicherheit in Berlin und Umgegend wiederherzustellen, werden täglich beim

Lehr-Infanterie-Regiment

angenommen. Bedingungen: Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade und 5 Mark auf den Tag. Kurze Kündigungsfrist. Freie Unterbringung und Verpflegung.

Deutsche Männer! Schützt die augenblickliche Regierung, die Nationalversammlung und die Grenzen Deutschlands. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die in einer noch disziplinierten Truppe hierfür kämpfen wollen, wenden sich an unser auf Veranlassung der Regierung aufgestelltes Freikorps. Bedingungen: Mobile Löhnung und Verpflegung, 5 Mark Tagegelder, freie Ausrüstung und Unterbringung, 14tägige Kündigung, 50 Mark Entlassungsgeld, 15 Mark Werbegeld, falls nicht schon früher erhalten.

Freikorps Hülsen.

Kürassierregiment Nr. 4, Gardekavallerie, Lehrinfanterieregiment, Freikorps Hülsen — es liegt das Werbegeschäft in den vornehmsten Händen preußischer Soldateska! Das Volk braucht nur zu zahlen, das andere besorgen die Werber alles selbst.

Mobile Löhnung, d. h. einige Pfennige für den „gemeinen Mann", den hohen Sold für den Offizier und daneben für jeden 5 Mark.

Der Spießer wieder im Delirium.

Der Spießbürger sieht wieder Goldbomben fliegen. 1914 hat er sie vom Frankreich her kommen, die durch Deutschland nach Rußland wollten. Jetzt sieht er Goldströme aus Rußland kommen, aus denen jeder Spartakist täglich 50 bis 60 Mark erhält. Denn daher machte ich es nicht, abends gestern abend hörte ich es auf der Straßenbahn: Die proletarischen Kämpfer haben gar keine Ueberzeugung, sie sind „Verbrecher" um alles und für eine Bezahlung.

Der Berliner Spießbürger ist empfindlich geworden: Vier Jahre lang (namentlich als das Bier noch nicht ganz so schlecht als heute war) hat er am Stammtisch über jede Meuchelschlächterei gejubelt, hat es gar nicht genug Menschenleben kosten dürfen: die Beschießung unbewehrter Städte, die Bewerfung offener Städte mit Bomben, alles war ein angenehm prickelndes patriotisches Gefühl, das mit Hurra und Jubelschmerzen gefeiert wurde. Dieser Tage ist aus in Berlin geschossen worden, also dort, wo des Spießers Körper daherwandelt — da hat er kein Bien erdrückt, nein, heult er über Menschenmord. Nun schilt er über „Räuber" und „Plünderer", obwohl er vier Jahre lang beinnert hatte, in etwas, was kein Deutscher im Kriege.

Der von den Scheidemännern herausgegebene Erlaß „Vorwärts" ist ein übriges, um den Spießer in die höchste Wut zu treiben. Er sagt, die Spartakusleute veranstalten ein Schießen nach harmlosen Straßenpassanten!

„Liebknechts Familie hat sich nach der Schweiz in Sicherheit gebracht", hetzt der „Vorwärts" weiter; der Spießer macht schon daraus: Liebknecht ist in der Schweiz.

Rosa Luxemburg war gestern gleichzeitig in Hamburg und auch am Brandenburger Tor, das eine Mal wurde sie in Männerkleidern verhaftet, dann aber in Frauenkleidung erschossen — und so gehen die Phantasienachrichten weiter.

Nütze die Zeit,

denkt die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn, und schreibt in der „Deutschen Tageszeitung":

„Die weitere Erhöhung des Straßenbahntarifs, die infolge der Lohnerhöhung an das Betriebspersonal bei der Großen Berliner Straßenbahn notwendig geworden ist, wird bereits die nächste Sitzung des Verbandsausschusses Groß-Berlin beschäftigen, da die Erhöhung am 20. d. M. in Kraft treten soll. Wie wir hören, ist vorgeschlagen worden, den Preis für den Einzelfahrschein auf 20 Pfg. und für Sammelkarten auf 17½ Pfg. zu erhöhen, so daß der Doppelfahrschein 35 Pfg. und die Achterkarte 1,40 Mark kosten würde."

Man meint, des Spießers Hirn sei von den Phantasienachrichten über Spartakus so benebelt, daß er jetzt gar nicht merkt, wie der Kapitalist aus seiner Haut Riemen schneidet.

Arbeiter, sammelt für den Kampffonds der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Erben gesucht!

Am 18. Juni 1918 ist zu Forst (Lausitz) der Rentner, frühere Spinnmeister August Lorenz verstorben.

Als nächste Erben des Verstorbenen kommen in Frage dessen Brüder:

der Schuhmacher Julius Ernst Lorenz,
der Tuchmacher Johann Traugott Lorenz

oder deren Angehörige, und werden diese ersucht, sich bei dem Unterzeichneten zu melden.

Forst (Lausitz).

Carl Pitzke, Nachlaßpfleger.

Die Menschenrechte.

Ein Dokument edlen Menschentums, die Grundform für den Aufbau wahrhafter Weltbürgerschaft.

Zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlicht. Preis 1.— Mark.

Ziegelbrenner Verlag, München 23 M 4.

Inserate

finden in der

Roten Fahne

weitesta Verbreitung!

Bestellungen nimmt entgegen der

Verlag „Die Rote Fahne"
Berlin SW.
Friedrich-Straße 217 II
Fernruf:
Amt Lützow 5735.

Gewerkschaft der Maler Vereins u. Umgegend

(Bezirksverband-Syndikalisten)

Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 12. Januar, vorm. 9 Uhr bei Hummel, Sophienstr. 6.

Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist dringend notwendig. Gäste sind willkommen.

E. V.: Der Vorstand.

Bischofswerda und Umgegend.

Soldaten und Arbeiter, welche der Kommunistischen Partei (Spartakusbund) beitreten wollen, melden sich:

Bischofswerda — Thumitz bei Paul Kettner, Nr. 20.
Bischofswerda bei Paul Ilscher, Klostergasse 8.

Deutscher Holzarbeiter Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.: Amt Moritzplatz, 10625, 3578. Büro: Ritterstr. 30.

Branchenversammlungen.

Korbmacher:

Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Engelufer 15 (Saal 1).

Tagesordnung: 1. Bericht der Branchen- und Zentralkommission.
2. Wahl der Kommission.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Kautabak,

echter Nordhäuser u. guter Rauchtabak,

wieder vorrätig.

An Selbstverbraucher.

Geöffnet von 1–6 nachmittags.

Paul Rohr, Tabak-Geschäft, Berlin W 35, Lietzowstr. 14.

Berliner Maler-Berufsverein „Freiheit".

Am Sonntag, den 12. Januar, findet eine

Oeffentliche Versammlung

statt.

Tagesordnung:

Lohnfrage — 8-Stunden-Tag — Arbeitsnachweis.

Die Maler, Lackierer, Anstreicher Groß-Berlins werden ersucht, in Massen zu erscheinen.

Der Vorstand:
Zacharias, Rohrstein, Bierschall.

Zeitungshändler und Abonnenten des Südostens

erhalten die „Rote Fahne" durch

Expedition Stock, Marteuffelstraße 28.

Verlag: „Die Rote Fahne", Hugo Eberlein, Berlin.